

Kindergeld

CDU hält CSU-Pläne für unseriös

CDU und CSU streiten beim Entwurf des gemeinsamen Wahlprogramms über die steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern. Die CSU will den Kinderfreibetrag für Eltern auf die Höhe des Grundfreibetrags anheben. Dieser beträgt für Verheiratete 17 640 Euro. Der Kinderfreibetrag für Familien mit einem Kind liegt derzeit bei 7 356 Euro. Um Gutverdiener nicht zu bevorzugen, würde



Kindergartenkinder

entsprechend auch das Kindergeld von derzeit 192 Euro pro Monat für das erste und

zweite Kind deutlich angehoben werden. Die CDU hält das für zu teuer. Die CSU-

Pläne würden nach internen Unionsberechnungen etwa 8 Milliarden Euro kosten. In der CDU-Spitze heißt es, es könne im Wahlprogramm keine Steuererleichterungen geben, die deutlich über die bereits angepeilte Entlastung bei der Einkommensteuer von 15 Milliarden Euro hinausgingen. Dies sei nicht seriös. In der CSU wird nun geprüft, was es kosten würde, die Erleichterungen für Kinder stufenweise einzuführen. CDU und CSU wollen am 3. Juli ihr gemeinsames Wahlprogramm beschließen. ran

Außenpolitik

Gabriel will mehr Geld für Afrika

Nach der Ankündigung von Bundeskanzlerin Angela Merkel, mehr Geld für Entwicklungshilfe auszugeben, fordert Außenminister Sigmar Gabriel zu den Worten auch Taten. „Richtig wäre es, wenn Deutschland für jeden Euro, den wir mehr in die Verteidigung stecken, 1,50 Euro mehr für Krisenprävention, Stabilisierung und Entwicklungshilfe ausgeben würden“, so Gabriel. Die Realität sehe anders aus. „Statt die Hilfe für Krisenprävention, den Kampf gegen Hunger

und Armut sowie für wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen, plant das von der CDU geführte Finanzministerium nach der Bundestagswahl ausschließlich, die Ausgaben für Rüstung signifikant zu erhöhen“, kritisiert Gabriel. Der Finanzplan des Bundes sieht vor, dass der Wehretat bis 2021 um mehr als fünf Milliarden Euro steigt. Der Entwicklungsetat soll nur um 159 Millionen Euro wachsen. Der von Entwicklungsminister Gerd Müller angekündigte „Marshall-Plan mit Afrika“ berge die Gefahr, „dass mit den Hoffnungen afrikanischer Länder gespielt wird“, so Gabriel. csc

„Islamischer Staat“

Selber Ziele prüfen

Deutschland soll sich beim Kampf gegen den „Islamischen Staat“ aktiv in die Zieldisziplin für Luftschläge anderer Nationen in der internationalen Militärkoalition einmischen. Das fordern Experten in einer Studie der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags. Aus der Beteiligung der Bundeswehr an der „Operation Inherent Resolve“ ergebe sich die rechtliche Verpflichtung, geplante Luftangriffe anderer Nationen darauf zu prüfen, ob sie beim sogenannten Targeting Opfer in der Zivilbevölkerung in Kauf nähmen. Bisher argumentiert die Bundesregierung, sie sei für Fehler bei Luftschlägen nicht mitverantwortlich, weil sie nur hochauflösende Bilder von Tornado-Jets liefere. Außerdem bekennt sie Kampffjets anderer

Nationen in der Luft, fliegt aber selbst keine Angriffe. Die Studie kommt zu dem Schluss, Deutschland müsse sich als Unterstützer der Koalition „mit dem Targeting selbst näher befassen“, etwa mittels eines Beobachters in den Befehlsständen der Partner. Die Einstellung der Partnerländer zu einem solchen Ansinnen wird in der Studie nicht thematisiert. Laut den Autoren könne Deutschland seine Unterstützung für die Koalition sogar „unter einen entsprechenden Vorbehalt“ stellen, wenn es nicht mehr über die Zielauswahl erfahre. Die Grünen forderten schnelle Konsequenzen. „Man kann nicht einerseits eine Militärmission unterstützen, aber jegliche Verantwortung für die Angriffe komplett von sich weisen“, sagt Katja Keul, die als stellvertretendes Mitglied für die Grünen im Verteidigungsausschuss sitzt. mgb

Überwachungsgesetz

Beschwerde in Karlsruhe geplant

Mehrere Juristen wollen Verfassungsbeschwerden einlegen, sollte der Bundestag eine Gesetzesänderung zur Online-durchsuchung und zur sogenannten Quellen-Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) in den kommenden Wochen wie geplant verabschieden. „Dieser noch nie da gewesene Eingriff in die Privatsphäre ist verfassungsrechtlich nicht zu rechtfertigen“, sagt Ulf Buermeyer, Richter und Vorsitzender der Gesellschaft für Freiheitsrechte, einem Berliner Interessenverein. Die

Quellen-TKÜ ermöglicht Ermittlern, verschlüsselte Kommunikation über Dienste wie WhatsApp zu überwachen, indem sie heimlich einen Trojaner auf das Smartphone spielen. Das soll nach einem Beschluss der Innenministerkonferenz künftig möglich sein, weil Kriminelle häufig so kommunizieren. Kritiker befürchten, dass Behörden Zugriff auf die kompletten digitalen Daten von Verdächtigen bekommen. Buermeyer kritisiert, dass das Handy-Ausforschen nicht nur in Terrorfällen möglich sein soll, sondern auch bei weniger schweren Straftaten wie bandenmäßigem Diebstahl. kno



Luftangriff der internationalen Koalition auf Mossul im Irak 2016